

Letzte Hoffnung Karlsruhe

FRANKFURT (dpa). Im Rechtsstreit um den Ausbau des Frankfurter Flughafens setzen die Fluglärmgegner ihre Hoffnungen nun auf das Bundesverfassungsgericht. Inzwischen sind dort vier Verfassungsbeschwerden bekannt, wie ein Gerichtssprecher mitteilte. Eingereicht haben sie die zwei hessischen Städte Mörfelden-Walldorf und Offenbach sowie Privatleute. Wann darüber entschieden wird, ist aber noch unklar. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hatte im April den Ausbau für zulässig erklärt, zugleich aber auch ein Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr bestätigt. Seit Mitte August liegt die schriftliche Urteilsbegründung vor, danach wurde der Gang vor das Verfassungsgericht nach Karlsruhe möglich. Mörfelden-Walldorf hatte diesen Schritt schon vor einigen Wochen angekündigt.

Fluglärm-Partei rückt näher

HOCHHEIM (lac). Die Gründung einer Partei gegen den Fluglärm in Rhein-Main rückt näher. Dies teilten die BI „Unser Hochheim“ und die Wählergemeinschaft FAG (Flughafenausbaugegner) in Frankfurt nach einem Gespräch mit. Die Idee werde nun jeweils auf Mitgliederversammlungen diskutiert. Zudem werde der Kontakt zu „Pro Rheintal“ (Netzwerk gegen Bahnlärm) intensiviert. Ziele einer neuen Partei könnten die Stilllegung der Nordwest-Landebahn, eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380 000 pro Jahr sowie ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr sein.